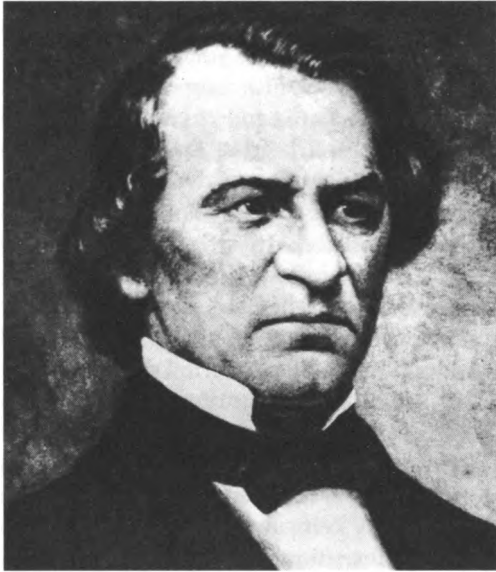


Vera Nünning

ANDREW JOHNSON
1865-1869

Der Streit um die Rekonstruktion



Andrew Johnson

Als Andrew Johnson nach der Ermordung Lincolns am 15. April 1865 vom Obersten Bundesrichter Salmon P. Chase als Präsident vereidigt wurde, schien die Zukunft der Nation ungewiß. Der Bürgerkrieg war zwar wenige Tage zuvor beendet worden, aber die *Reconstruction*, die Wiedereingliederung des besiegten Südens in die Union, warf enorme Probleme auf. Weder war klar, ob die elf Südstaaten der Union überhaupt noch angehörten, noch bestand Einigkeit darüber, ob der Präsident oder der Kongreß in erster Linie für die *Reconstruction* zuständig seien. Wie diese Politik auszusehen hatte, vor allem welche Bedingungen man den Südstaaten stellen sollte und welchen Status die befreiten Sklaven in Zukunft haben würden, war ebenfalls völlig offen.

Andrew Johnson war den auf ihn zukommenden Aufgaben aus verschiedenen Gründen nicht gewachsen. Bereits seine Vereidigung als

Vizepräsident am 4. März 1865 hatte Züge seiner Persönlichkeit aufscheinen lassen, die daran zweifeln ließen, daß er für das höchste politische Amt geeignet war: Der Demokrat aus Tennessee, der eine gute Ergänzung zu dem Republikaner Lincoln darzustellen schien, war bei seinem ersten Amtsakt als Vizepräsident betrunken. Jegliche Etikette mißachtend, stellte er dem Senat die von Lincoln eingesetzten Kabinettsmitglieder nicht mit ihrem Titel vor, sondern wies in seiner schroffen kurzen Rede mehrfach darauf hin, daß alle Anwesenden nur deshalb bedeutende Politiker seien, weil das Volk sie dazu gemacht habe, und daß er selbst aus dem Volk stamme. Mit seiner Hervorhebung der Bedeutung des Volkes, seiner Ablehnung von Politikern, die durch Geburt eine privilegierte Position in der Gesellschaft einnahmen, und der dauernden Betonung seiner einfachen Herkunft werden schon in dieser Episode typische Merkmale Johnsons deutlich, die sich leitmotivisch durch seine Präsidentschaft ziehen. Auch die Entrüstung, die er im Senat hervorrief, weist auf sein späteres Verhältnis zum Kongreß voraus, das bereits nach wenigen Monaten von einer scharfen Konfrontation bestimmt war und schließlich im Versuch der Amtsenthebung endete.

Daß der Demokrat Johnson vor der Wahl von 1864 überhaupt zum Vizepräsidenten nominiert worden war, hatte verschiedene Gründe gehabt: Zum einen wollten sich die Republikaner die Wählerstimmen der unionstreuen Demokraten im Norden sichern und ihre Bereitschaft signalisieren, die zurückeroberten Staaten wohlwollend zu behandeln, zum anderen hatte sich Johnson durch sein mutiges Eintreten für die Union, seine Unterstützung der Emanzipation der Sklaven und seine kompromißlose Haltung als Militärgouverneur des wichtigen *border state* Tennessee auch die Achtung der radikalen Republikaner erworben. Als er Präsident wurde, nahmen die meisten Amerikaner zunächst an, sein Verhalten gegenüber dem Süden werde eher zu hart als zu nachgiebig sein. Johnsons Haß auf die Pflanzler-Aristokratie des Südens war allgemein bekannt, und die formelhafte Wiederholung seiner Überzeugung „Verrat muß verhaßt gemacht werden und Verräter müssen bestraft werden“ schien auf eine radikale Politik gegenüber den Südstaaten hinzuweisen.

Oft und gerne erwähnte Johnson in Wahlkämpfen seine einfache Herkunft, die seine Einstellungen prägte und viel zu seinem außergewöhnlichen Verhalten als Präsident beitrug. Johnson war am 29. Dezember 1808 in Raleigh, einer kleinen Stadt in North Carolina, als Sohn mittelloser Eltern geboren worden. Da sein Vater Jacob weder lesen noch schreiben konnte und die Familie trotz der Mithilfe der Mutter mit Gelegenheitsarbeiten mehr schlecht als recht ernährte, erfuhr Andrew die soziale Verachtung, mit der die Angehörigen der weißen Unterschicht im Süden bedacht wurden. Als Weißer konnte er jedoch in dem Bewußtsein

handeln, nicht auf der tiefsten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie zu stehen: Unter ihm gab es immer noch die Schwarzen, auch wenn diese manchmal besser gekleidet waren als er selbst. Johnson, der nie eine Schule besuchte, wurde noch im Kindesalter Lehrling bei einem Schneider, dem er jedoch 1824 davonlief. Zwei Jahre später ließ er sich als Schneider in Greeneville im Osten Tennessees nieder. In dieser Region lebten nur sehr wenige Sklaven, aber es existierte eine ähnliche gesellschaftliche Rangordnung wie in seiner Geburtsstadt. Obwohl der kaufmännisch tüchtige Johnson sehr schnell ein Vermögen anhäufte, hatte er gegen die Ressentiments der alteingesessenen Elite zu kämpfen. Seine Bemühungen um Bildung setzte er mit Hilfe seiner Frau Eliza McCordle, der Tochter eines Schuhmachers aus Greeneville, fort. Aufgrund ihrer langjährigen Krankheit begleitete ihn Eliza, mit der Johnson fünf Kinder hatte, nur sehr selten in andere Städte; sie zog zwar während seiner Präsidentschaft mit ihm ins Weiße Haus, überließ die Pflichten der Gastgeberin jedoch meist ihrer Tochter Mary.

Seine eigene politische Karriere betrachtete Johnson als beispielhaft für die unbegrenzten Aufstiegsmöglichkeiten in der amerikanischen Demokratie. Bereits 1829 wurde Johnson Ratsmitglied der Stadt Greeneville und arbeitete sich fortan von der lokalen über die einzelstaatliche bis zur Bundesebene hinauf: Er wurde Bürgermeister von Greeneville (1834), Abgeordneter und Senator im Kongreß von Tennessee (1835-53), Mitglied des Repräsentantenhauses in Washington (1843-53) und Gouverneur von Tennessee (1853-57). 1857 zum Senator der Vereinigten Staaten gewählt, blieb er als einziger Repräsentant der Südstaaten während des Bürgerkriegs im Senat in Washington, bis er von Lincoln zum Militärgouverneur von Tennessee ernannt wurde (1862-65). Diese scheinbar geradlinige Karriere, die 1865 über die Vizepräsidentschaft ins höchste Amt der USA führte, war jedoch das Ergebnis zahlreicher Kompromisse und geschickter taktischer Winkelzüge.

Nach einer anfänglichen Allianz mit den Whigs machte sich Johnson die demokratischen Prinzipien Andrew Jacksons zu eigen. Wenn die Ablehnung der Konservativen in der eigenen Partei seine Wahlerfolge zu gefährden schien, richtete er sich in stürmischen Reden an einfache Handwerker und Bauern, deren Stimmen ihm meist den Sieg sicherten. Insbesondere profilierte er sich als entschiedener Befürworter der *Homestead Bill*, die 160 *acres* öffentliches Land im Westen für jeden arbeitswilligen Familienvater bereitstellte. Mit diesem Gesetzesvorschlag, der den Sklavenhaltern keinerlei Vorteile brachte, stieß Johnson im Süden auf Unverständnis und Mißtrauen. Um so stärker war seine Verteidigung der Interessen der Südstaaten in bezug auf die Sklaverei, die er noch während des Bürgerkriegs vehement befürwortete. Dennoch trat er für die Erhaltung der Union ein, denn die Abspaltung der Südstaaten verletzte seiner Meinung nach die Verfassung, die er fast religiös verehrte;

außerdem war schon sein großes Vorbild, Andrew Jackson, Anfang der 1830er Jahre entschieden gegen die damals drohende Sezession South Carolinas vorgegangen. Schließlich spielten sicher auch persönliche Gründe eine Rolle: Aufgrund seiner offenen Feindschaft mit der politischen Elite des Südens, insbesondere mit Jefferson Davis, war seine weitere politische Karriere nur innerhalb der Union möglich.

Daß Johnson bis 1863 entschieden für die Sklaverei eingetreten war, sollte sich als schwere Hypothek für sein späteres Verhältnis zum Kongreß erweisen. Während die Abgeordneten und Senatoren aus den Nordstaaten Sklaverei weitgehend als ein moralisches und politisches Übel ansahen, war die Ablehnung der Sklaverei für Johnson eine politische Notwendigkeit. Als die Emanzipation der Sklaven im Laufe des Bürgerkriegs immer wahrscheinlicher wurde, setzte sich Johnson nicht zur Wehr, um seine politische Karriere nicht zu gefährden. Während es ihm 1862/63 noch gelang, die Sklaven in Tennessee, das auf seiten der Union stand, von Lincolns Emanzipationserklärung auszunehmen, sprach er sich danach immer häufiger gegen die Sklaverei aus, weil sie den rebellischen Südstaaten als Vorwand gedient habe, den Krieg zu beginnen. Unter den gegebenen Umständen könnten die Einheit und die Verfassung der Vereinigten Staaten nur dadurch gerettet werden, daß die Sklaverei abgeschafft wurde. Außerdem stelle die Sklaverei ein wirtschaftliches Monopol dar, das auch die armen Weißen des Südens unterdrückte und den Pflanzern einen privilegierten Status sicherte. Diese Elite sollte einer «neuen Aristokratie der Arbeit» weichen, die allein auf Fähigkeiten und Verdienst gegründet war. Johnsons Abwendung von der Sklaverei bedeutete aber nicht, daß er diese Institution als ein moralisches Übel ansah. Ebenso wenig änderte er seine rassistische Einstellung gegenüber den Schwarzen, von deren Minderwertigkeit er zutiefst überzeugt war.

Von seinem Amtsantritt als Präsident im April 1865 bis zum Zusammentreten des Kongresses im Dezember 1865 bot sich Johnson die Chance, seine Vorstellungen von einer Wiedereingliederung des Südens in die Union zu verwirklichen. Lediglich die Zulassung der von den Südstaaten gewählten Abgeordneten und Senatoren oblag eindeutig dem Kongreß. In privaten Gesprächen überzeugte er viele Kongreßmitglieder davon, daß er Lincolns Kurs fortsetzen und führende Konföderierte hart bestrafen werde.

Johnsons erste Amnestieerklärung für die früheren Rebellen vom 29. Mai 1865 war insofern recht hart, als zunächst vierzehn Kategorien von Südstaatlern prinzipiell von der Begnadigung ausgeschlossen blieben; neben Offizieren und Amtsinhabern der Regierung der Konföderierten mußten auch alle Sezessionisten, die mehr als 20000 Dollar besaßen, Johnson persönlich um eine Amnestie ersuchen. Diese Einschränkungen gingen allein auf Johnsons Abneigung gegen die Elite des

Südens und seine Auffassung zurück, daß nur die reichen Südstaatler für den Krieg verantwortlich seien. Offensichtlich genoß er es, daß er nun von wohlhabenden Pflanzern belagert wurde, die auf seine Gnade angewiesen waren und von denen er in wenigen Monaten über 13000 begnadigte.

Die weiteren Proklamationen, in denen Johnson im Mai und Juni 1865 provisorische Gouverneure in einzelnen Südstaaten einsetzte und die Bedingungen festlegte, unter denen die neuen Staatsverfassungen ausgearbeitet werden sollten, riefen bei vielen radikalen Republikanern Empörung hervor. Nicht nur wählte Johnson als Gouverneure Politiker aus, die der alten Südstaaten-Elite entstammten und den führenden Konföderierten sehr nahestanden, er erlegte den Staaten auch keinerlei Einschränkungen für die zu erarbeitenden republikanischen Verfassungen auf. Selbst die Ratifizierung des 13. Verfassungszusatzes, mit dem die Sklaverei abgeschafft wurde, machte er nur in privaten Gesprächen zur Bedingung der Wiedereingliederung in die Union. Darüber hinaus grenzte Johnson das Wahlrecht auf diejenigen ein, die bereits vor dem Krieg wahlberechtigt gewesen waren, womit Schwarze ausgeschlossen blieben. Das Ergebnis dieser milden Haltung war absehbar: In die Verfassungskonvente der Südstaaten wurden in großer Mehrzahl ehemalige Rebellen gewählt, die teilweise erst von Johnson begnadigt wurden, nachdem sie ihr Mandat erhalten hatten. Selbst die wenigen Auflagen, die Johnson diesen uneinsichtigen Konventen später machte, wurden erst nach langem Zögern und oft nur unvollständig erfüllt. Die Möglichkeit, einigen Schwarzen das Wahlrecht zu geben, die als Soldaten für die Union gekämpft hatten, wurde von Johnson anfangs zweimal halbherzig vorgeschlagen, aber in den Konventen nicht ernsthaft diskutiert.

Zusätzlich beeinträchtigt wurde Johnsons Verhältnis zum Kongreß durch seine Obstruktionspolitik gegenüber dem Freedmen's Bureau, das unter Aufsicht des Kriegsministeriums die Rechte der freigelassenen Sklaven schützen und ihnen durch konfisziertes oder brachliegendes Land eine Existenzgrundlage außerhalb der Plantagen verschaffen sollte. Johnson verhinderte nicht nur die weitere Verpachtung von konfisziertem Land an Schwarze, sondern bestimmte auch, daß Land, das schon während des Krieges von General Sherman freigelassenen Sklaven zur Verfügung gestellt worden war, an die früheren Besitzer zurückgegeben werden mußte. Da die konservativen Regierungen der Südstaaten zudem *Black Codes* nach dem Muster der ehemaligen *slave codes* erließen, in denen es Schwarzen unter anderem verboten wurde, ihren Arbeitsplatz ohne Zustimmung des Besitzers zu verlassen oder sich bei ungerechter Behandlung eine andere Arbeitsstelle zu suchen, unterschieden sich die Lebensumstände der Schwarzen in vielerlei Hinsicht kaum von denen zur Zeit der Sklaverei.

Von der weißen Bevölkerung im Süden wurde diese Politik Johnsons natürlich mit Erleichterung und Freude aufgenommen. Dennoch besaß der Präsident zunächst noch erstaunlich viel Unterstützung im Kongreß, der erst im Dezember 1865 zusammentrat. Senat und Repräsentantenhaus ließen keine Vertreter der Südstaaten zu; beide Kammern setzten sich überwiegend aus moderaten und eher konservativ eingestellten Republikanern zusammen, während Demokraten und radikale Republikaner nur wenige Abgeordnete stellten. In seiner vagen und unverbindlichen Jahresbotschaft an den Kongreß begründete Johnson seine bisherige Politik damit, daß die Südstaaten nie legal aus der Union ausgetreten seien und daher so schnell wie möglich wieder integriert werden müßten. Zudem sei es das unbezweifelbare, von herausragenden Staatsmännern wie Jefferson und Jackson gleichermaßen betonte Recht der Einzelstaaten, über die Form ihrer republikanischen Regierungen selbst zu bestimmen. Insbesondere die Frage des Wahlrechts sei von der Verfassung eindeutig den Einzelstaaten überlassen worden, so daß es eine illegale Machtanmaßung des Präsidenten gewesen wäre, wenn er Schwarzen das Wahlrecht zugesprochen hätte. Versöhnlich klang Johnsons Ankündigung, für die Sicherheit „der freigelassenen Sklaven in bezug auf ihre Freiheit und ihr Eigentum, ihr Recht auf Arbeit und ihr Recht auf die Ergebnisse ihrer Arbeit“ sorgen zu wollen.

Der Erfolg von Johnsons Botschaft zeigte sich in der Unterstützung seiner Politik durch das gemeinsame Komitee, in dem Abgeordnete und Senatoren über die *Reconstruction* berieten. Da es in der großen Mehrheit aus moderaten Republikanern und Demokraten bestand, konnten sich die zwei radikalen Republikaner, die das Wahlrecht für Schwarze forderten, nicht durchsetzen. Unter Führung des moderaten Senators Lyman Trumbull, der in persönlichen Gesprächen mit Johnson den Eindruck gewann, der Präsident billige die vorgeschlagenen Maßnahmen, erarbeitete das Komitee zwei Gesetzesvorlagen zum Schutz der Rechte der Schwarzen, die *Civil Rights Bill* und die *Freedmen's Bureau Bill*.

Johnsons Ansicht nach bestand jedoch kein Unterschied darin, den Schwarzen, wie in der *Civil Rights Bill* vorgesehen, Bürgerrechte und natürliche Rechte zuzugestehen oder ihnen das Wahlrecht zu geben. Für ihn zielten die Gesetzesvorlagen nicht in erster Linie darauf ab, die befreiten Sklaven zu schützen, sondern er war von Anfang an der Überzeugung, der gesamte Kongreß bestehe aus Radikalen, die den Schwarzen das Wahlrecht geben und die Früchte seiner Politik zunichte machen wollten. Er verkannte die Kompromißbereitschaft des Kongresses, der alle radikalen Maßnahmen vermied, um mit dem Präsidenten Zusammenarbeiten zu können. Als Johnson gegen beide Gesetzes Vorlagen sein Veto einlegte, kam es zur ersten großen Kraftprobe zwischen ihm und dem Kongreß. Selbst moderate Republikaner betrachteten es als Verrat, daß Johnson das Recht der Bundesregierung bestritt, Maßnah-

men für den Schutz der Schwarzen zu treffen. Bedingt durch Johnsons kompromißlose Haltung arbeiteten radikale und moderate Republikaner in der Folgezeit zusammen, um sich der Politik des Präsidenten zu widersetzen, der die Schwarzen im Süden offensichtlich ihrem Schicksal und dem Gutdünken ihrer früheren Besitzer überlassen wollte.

Johnson war davon überzeugt, daß ein moralisch verantwortungsloser Kongreß den Süden unterwerfen und alle vernünftigen Maßnahmen der Exekutive vereiteln wollte. Daher sprach er sich gegen den 14. Verfassungszusatz aus, der den Schwarzen Rechtsgleichheit zusicherte und sie zu Bürgern der Vereinigten Staaten erklärte. Um die Staaten zu ermuntern, Schwarzen die politischen Rechte zu geben, wurde durch diesen Zusatz außerdem festgelegt, daß ein Staat, der einem Teil seiner erwachsenen Bürger das Wahlrecht vorenthielt, entsprechend weniger Abgeordnete nach Washington entsenden durfte. Johnson betrachtete dieses *Amendment* als einen Ausdruck der Obstruktionspolitik des Kongresses. Ihm erschien es überflüssig und übereilt, den Schwarzen Bürgerrechte zu verleihen. Er konnte die Annahme des 14. Verfassungszusatzes im Kongreß zwar nicht verhindern, aber er versuchte mit allen Mitteln, die Einzelstaaten von der Ratifizierung abzuhalten.

In der Wahlkampagne vom Herbst 1866 zeigte sich, daß die Kluft zwischen Präsident und Kongreß unüberbrückbar geworden war. Selbst die Ausschreitungen in Memphis und New Orleans, bei denen viele Schwarze und Republikaner aus dem Norden ermordet wurden, konnten Johnson nicht davon überzeugen, daß die Bundesregierung sich für den Schutz der ehemaligen Sklaven einsetzen müsse. Vielmehr gab er dem radikalen Kongreß die Schuld, der den Schwarzen unerfüllbare Hoffnungen gemacht und sie angestachelt habe. In seinen Reden versuchte Johnson in altbewährter Manier, sich durch persönliche Angriffe auf seine Gegner mit dem Volk zu verbünden. Was in Tennessee gewirkt hatte, trug ihm nun jedoch massive Kritik ein. Insbesondere seine Behauptung, der Kongreß versuche durch verfassungswidrige Maßnahmen, «die Regierung zu zerstören», überzeugte die Republikaner davon, daß sie von nun an ihre Politik gegen den Widerstand des Präsidenten durchsetzen müßten. Die Voraussetzungen dafür schuf der Wahlsieg, der ihnen in beiden Häusern des Kongresses eine große Mehrheit verschaffte.

Der Streit um das Wahlrecht für Schwarze im District of Columbia im Januar 1867 war ein typisches Beispiel für die Verhärtung der Fronten: Der Kongreß verabschiedete eine Gesetzesvorlage, Johnson legte sein Veto ein und begründete es damit, daß jedes Eingreifen in die Rechte der Staaten schon deshalb verfassungswidrig sei, weil immer noch zehn Südstaaten nicht zur Union zugelassen waren; daraufhin überstimmte der Kongreß das Veto noch am gleichen Tag mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Um den Präsidenten daran zu hindern, sein Recht auf

Ämterbesetzung in einer Weise auszuüben, die die Politik des Kongresses zunichte machte, wurde der umstrittene *Tenure of Office Act* verabschiedet, der die Entlassung aus vielen bedeutenden Regierungsämtern von der Zustimmung des Senats abhängig machte.

Ab Februar 1867 war das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß völlig zerrüttet, und die Mehrheit der Abgeordneten verfolgte nun tatsächlich einen radikalen Kurs. Der Kongreß verabschiedete mehrere *Reconstruction-Gesetze*, nach denen der Süden in fünf militärische Bezirke eingeteilt wurde, die je einem General aus dem Norden unterstanden, der notfalls das Kriegerrecht ausüben konnte. Die Wiederaufnahme der Südstaaten wurde davon abhängig gemacht, daß sie neue verfassunggebende Versammlungen einberiefen, die die *Black Codes* aufhoben, den 14. Verfassungszusatz ratifizierten und Schwarzen das Wahlrecht gaben.

Johnsons bisherige Politik wurde durch diese *Congressional Reconstruction* völlig rückgängig gemacht. Die Auffassung des Präsidenten, der Kongreß verletze durch seine Einmischung in die Gesetzgebung der Südstaaten die Verfassung, wurde jedoch vom Supreme Court nicht bestätigt. Daraufhin versuchte Johnson mit Hilfe seiner exekutiven Vollmachten zu verhindern, daß die Gesetze in die Praxis umgesetzt werden konnten. Er gab den Befehlshabern der Militärbezirke Dienstanweisungen, die sie zu einer überaus engen Auslegung der Gesetze aufforderten, und setzte nach und nach Generäle ein, die ganz auf seiner Seite standen. Im Sommer 1867 glaubte Johnson sein Ziel, die Südstaaten vor den vermeintlich despotischen Auswüchsen des radikalen Kongresses zu bewahren, weitgehend erreicht zu haben.

Da die *Reconstruction* an einem starrsinnigen Präsidenten zu scheitern drohte, sahen immer mehr Kongreßmitglieder die Amtsenthebung als den einzigen Ausweg aus der Misere. Seit Januar 1867 tagten daher Komitees, die nach Beweismaterial für eine Anklage wegen Amtsmißbrauchs suchten. Als Johnson dann eine überaus provokative Jahresbotschaft an den Kongreß richtete, zwei weitere Generäle der Militärbezirke ihres Amtes enthob und gegen den Willen des Senats auch noch seinen Kriegsminister Edwin Stanton entließ, entschied das Repräsentantenhaus für ein *Impeachment*.

Obwohl Einigkeit darüber bestand, daß man den Präsidenten daran hindern müsse, die Maßnahmen des Kongresses zunichte zu machen, hatte Johnson im Frühjahr 1868 eine verhältnismäßig starke Position. Zum einen waren die Wahlen 1867 ungünstig für die radikalen Republikaner ausgefallen; zum anderen war Johnsons designierter Nachfolger Benjamin Wade, der Präsident des Senats, ein Radikaler, der aufgrund seines umstrittenen Einsatzes für eine inflationäre Politik viele Feinde hatte. Außerdem war es rein rechtlich fraglich, ob Stanton, der noch von Lincoln eingesetzt worden war, überhaupt unter die Bestimmungen des

Tenure of Office Act fiel, dessen Verletzung den größten Teil der Anklage ausmachte. Vor allem aber zeigte sich Johnson während der Verhandlungen über seine Anklage im Senat zum ersten Mal kompromißbereit: In privaten Gesprächen sagte er zu, daß er die Politik des Kongresses nicht weiter behindern werde. Als es im Mai zur Abstimmung über das *Impeachment* im Senat kam, votierten daher sieben moderate Republikaner für Johnson, so daß die Zweidrittelmehrheit, die für eine Amtsenthebung des Präsidenten notwendig ist, um eine einzige Stimme verfehlt wurde.

Das Zögern des Kongresses, Johnson zu verurteilen, ist auch darauf zurückzuführen, daß diesem *Impeachment*-Verfahren große verfassungsgeschichtliche Bedeutung zukam. Da noch kein Präsident zuvor wegen eines Amtsvergehens angeklagt worden war, hatten die Senatoren 1868 über einen möglichen Präzedenzfall zu entscheiden. Der Freispruch Johnsons bedeutete, daß bei einem *Impeachment* überaus strenge rechtliche Maßstäbe angewendet werden mußten und daß es als Waffe im politischen Kampf praktisch ausschied. Danach wurde nie wieder der Versuch gemacht, einen Präsidenten aus politischen Gründen des Amtes zu entheben.

Johnson löste zwar seine Versprechen ein und versuchte nicht mehr, die Durchführung der *Reconstruction Acts* zu behindern. Fest davon überzeugt, immer verfassungskonform gehandelt zu haben, machte er jedoch weiterhin von seinem Vetorecht Gebrauch, um zumindest seine prinzipiellen Bedenken gegen bundesstaatliche Eingriffe in die Angelegenheiten der Einzelstaaten zu äußern. So sprach er sich auch gegen den vom Kongreß zum Ende seiner Amtszeit eingebrachten 15. Verfassungszusatz aus, der eine Aberkennung des Wahlrechts aufgrund von Rassenzugehörigkeit untersagte.

Außenpolitisch konnte Johnson durch das Geschick seines Außenministers William Seward hingegen einige Erfolge verzeichnen. So gelang es ihm, durch diplomatischen Druck den Abzug der französischen Truppen aus Mexiko zu beschleunigen und damit einen Beitrag zur Wiederherstellung der mexikanischen Unabhängigkeit zu leisten. Während der von Seward vorbereitete Kauf verschiedener Inseln in der Karibik vom Senat nicht genehmigt wurde, erwarben die Vereinigten Staaten 1868 das strategisch wichtige und rohstoffreiche Alaska für 7,2 Millionen Dollar von Rußland.

Dennoch war Johnson vor allem auf seine *Reconstruction*-Politik stolz. Er hielt sich zugute, durch kompromißlosen Kampf gegen einen rachsüchtigen Kongreß die *States' rights* geschützt und die Herrschaft der Weißen gesichert zu haben. Daß er auf diese Weise die Eingliederung der ehemaligen Sklaven in die amerikanische Gesellschaft behinderte, störte ihn offenbar wenig. Trotz seiner Beliebtheit im Süden gelang es ihm jedoch nicht, zur Wiederwahl nominiert zu werden. Seine politi-

sehen Aktivitäten gab der ehrgeizige Johnson, der die öffentliche Anerkennung und Rehabilitierung seiner Politik als überfällig empfand, dennoch nicht auf. Er stürzte sich gleich nach seiner Rückkehr nach Greenville wieder in Wahlkämpfe und wurde nach einigen Niederlagen 1874 als Senator für Tennessee nominiert. 1875 konnte er somit wieder in die Kammer einziehen, die wenige Jahre vorher vergeblich versucht hatte, ihn des Amtes zu entheben. Bevor er an den Folgen eines Schlaganfalls am 31. Juli 1875 starb, kritisierte er in seiner letzten Rede die *Reconstruction*-Politik seines Nachfolgers Grant, der um den Schutz der Rechte der Schwarzen bemüht war, und forderte ihn dazu auf, endlich die Truppen abzuziehen und dem Süden seine Freiheit zurückzugeben.

Die historiographische Bewertung der Präsidentschaft Johnsons hängt vor allem davon ab, welche Einstellung Historiker zu den Rechten der schwarzen Bevölkerung haben. Zunächst standen Johnsons Fehlleistungen als Präsident im Mittelpunkt: Besonders zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde darauf hingewiesen, daß allein Johnsons mangelndes politisches Geschick dazu geführt hätte, daß der radikale Kongreß dem wirtschaftlich darniederliegenden Süden zeitweise eine erniedrigende und ineffiziente Herrschaft von ehemaligen Sklaven und profitsüchtigen und korrupten weißen *carpetbaggers* aufzwingen konnte. Ende der 1920er Jahre wurde Johnson hingegen vielfach heroisch verklärt. Dabei rückten wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund, und die Bemühungen der Radikalen um die Eingliederung der früheren Sklaven wurden als wirtschaftlich und politisch völlig fehlgeleitet angesehen. Johnson wurde dagegen als ein vorausschauender Politiker gepriesen, der sich auf faire Weise um die Integration der Südstaaten bemüht und einem verbohrtten Kongreß gegenüber die Prinzipien der Verfassung hochgehalten habe. Im Zuge der Bürgerrechtsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg kritisierten Historiker Johnsons Politik gegenüber den Schwarzen wieder sehr scharf und verurteilten ihn auf Grund seines Rassismus und seiner antiemanzipatorischen Haltung. Gegenwärtig bemüht sich die Geschichtsschreibung um eine ausgewogenere Einschätzung Johnsons, indem sie seine Schwächen auf seine soziale Herkunft und die im Süden vorherrschenden Werte und Normen zurückführt, deren Wirksamkeit er sich ebensowenig entziehen konnte wie die meisten seiner Landsleute.

Obwohl der Kongreß Johnsons *Reconstruction*-Politik zunichte machte, legte Johnsons Präsidentschaft den Grundstein für das langfristige Scheitern der Maßnahmen des Kongresses. Das Ende der *Reconstruction* 1877 und die bis ins 20. Jahrhundert andauernde Diskriminierung der Schwarzen scheinen Johnson zu bestätigen, der das Ausmaß des Rassismus im Süden zweifellos realistischer einschätzte als die aus dem Norden stammenden Kongreßabgeordneten. Andererseits trug Johnson maßgeblich dazu bei, eine spätere Eingliederung der Schwarzen zu ver-

hindern: Nachdem die weiße Bevölkerung des Südens zwei Jahre lang mit seiner Unterstützung ihre traditionellen Vorstellungen von der Vorherrschaft der weißen Rasse hatte durchsetzen können, war jeder Schutz der Rechte der Schwarzen nur gegen den größten Widerstand und durch konsequenten Einsatz der Armee möglich. Die Chance, den nach dem Bürgerkrieg demoralisierten Süden durch politischen und militärischen Druck an eine gleichberechtigte Behandlung von Schwarzen zu gewöhnen, war durch Johnson vergeben worden. Paradoxe Weise ist das wichtigste positive Ergebnis von Johnsons Präsidentschaft aus heutiger Sicht im 14. und 15. Verfassungszusatz zu sehen, die aufgrund seiner Kompromißlosigkeit vom Kongreß erarbeitet und gegen seinen Willen durch die Staaten ratifiziert wurden.